

Fraktion der SPD im Gemeinderat Schwetzingen

Stellungnahme zum Haushalt 2016, Robin Pitsch



Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Den Haushalt formal als Königsrecht zu bezeichnen stimmt zwar, zumindest formal. Allerdings wird jedes Jahr deutlich, dass dieses Königsrecht bereits beschnitten ist durch die vielen schon von vornherein feststehenden Kostenstellen, die jede Stadt für die bürgerliche Infrastruktur bereitstellen muss - das sind Schulhäuser, das sind Straßen mit Geh- und Radwegen, öffentliche Plätze, Bäume und Grün, Abwasserkanäle, Telekommunikationsleitungen, Wasser und Abwasser, Kindergärten, Bibliotheken und Bildung, Kleinkindbetreuung...

Viele Gelder stehen bereits im Vorfeld von Jahr zu Jahr fest und die Anforderungen an die bürgerliche Infrastruktur wächst nahezu jährlich (aktuell mit viel Unterstützung der Landesregierung!).

Da ist der Gestaltungsspielraum am Ende tatsächlich begrenzt, dennoch gibt es ihn. Und wie diese Gestaltungen aussehen, davon hat jeder Bürger und letztlich auch jede Fraktion hier am Tisch ihre eigenen Vorstellungen, wie sich Schwetzingen am besten entwickeln kann.

Und deshalb wollen wir die „Textsorte“ Haushaltsrede auch als Ideenspeicher und Ideentransport für die zukünftige Entwicklung verstanden wissen, denn: dieser Haushalt 2016 bildet freilich „nur“ ein Jahr ab - ein isoliertes Jahr, das in Wahrheit aber Teil verschiedener Entwicklungsprozesse ist, die erst über Jahre hin sichtbar werden. Ich versuche, diesen Haushalt mit den Aufgaben der künftigen Jahre zu sehen. Dabei wird auch klar, dass Schwetzingen in Zukunft vor großen finanziellen Herausforderungen steht.

Europa und die Welt ist im Umbruch und auch Schwetzingen ist Teil dieses Umbruchs. Seit kurzer Zeit leben viele Flüchtlinge unter uns, oder besser gesagt: die meisten hinterm Hirschacker in den Kasernen. Schwetzingen hat sie willkommen geheißen. Gut so. Übrigens sei hier gesagt, dass die Flüchtlinge die Stadt aktuell kein Geld kosten,

zumindest nicht direkt. Während andere Kommunen im Rest der Republik sich ob der großen Aufgabe schon bei der Erstunterbringung verschulden, wird diese in Baden-Württemberg und Bayern durch die Länder getragen, auch das: im Vergleich zum Gros der Republik, keine Selbstverständlichkeit.

Aber natürlich werden viele dieser Menschen bleiben - bleiben wollen - letztlich auch bleiben können. Daher braucht Schwetzingen spätestens für die Anschlussunterbringung Wohnraum. Und dieser muss bezahlt werden, hier werden auf dies Stadt hohe Investitionen zukommen.

[optional: Begreifen wir diesen Prozess aber nicht nur als ein Geben, sondern auch als Chance der Bereicherung, auch in Schwetzingen. Die ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer bestätigen diesen Aspekt Arbeit und intensives Engagement aber es ist eben auch Bereicherung.

Ich darf dem sogenannten Spitzenkandidaten Guido Wolf nur entgegentreten, der beim CDU-Parteitag zur Eröffnung schrie, Multikulti sei gescheitert. Dem darf ich sagen, er hat Recht, aber nur dann, wenn man mit dem entsprechenden Menschenbild seine politischen Ziele verfolgt. In Schwetzingen ist das anders, auch bei der CDU.]

Aber nicht nur für die Flüchtlinge ist günstiger - oder eher: „bezahlbarer“ - Wohnraum wichtig: die örtliche SPD fordert schon länger bezahlbares Wohnen und bezahlbare Mieten. Und wir glauben, dass es für Schwetzingen als Mittelzentrum kein optionales „Goodie“ ist, solchen Wohnraum bereitzustellen. Im Gegenteil ist es eine Grundlage für die soziale Struktur der Stadt.

Auch Alleinerziehende und auch ALG-II-Bezieher müssen sich Wohnungen in Schwetzingen leisten können und nicht gezwungen sein, in andere Gemeinden abzuwandern. Für diese soziale Grundversorgung muss originär die Stadt das Szepter in der Hand haben und das heißt auch, dass man in Zukunft Geld in die Hand nehmen muss um den eigenen Wohnungsbestand auszubauen. Denn nur wer im Besitz der Immobilien ist, kann tatsächlich für günstige Mieten sorgen. Das begreifen wir als Grundversorgung eines sozial agilen Mittelzentrums, für das wir Schwetzingen begreifen.

Hier ist dieses Jahr kein Geld im Haushalt vorgesehen, für die Zukunft müssen wir hier schon vordenken.

Dass die Konversion hierbei auch Chancen bietet, leuchtet der SPD ein. Die neu zu

gründende SEW (Schwetzinger Entwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft) kann hierbei nützlich sein, wenn es um Erwerb und Verkauf von Grundstücken, Flächen und ggf. Wohnungen geht. Wenn dabei auch Synergieeffekte für die genannten Themen „Anschlussunterbringung“ und „bezahlbarer Wohnraum“ genutzt werden können, ist dies umso erfreulicher.

Aber die Prämisse auszugeben, man wolle im Themenfeld „Bauen und Stadtentwicklung“ >>Null-auf-Null herauskommen<< halten wir für falsch: sie weckt Erwartungen für Entwicklungen, die wir noch nicht absehen können und hindert eine Diskussion in der soziale und finanzielle Prämissen abgewogen werden müssen.

Ebenfalls Prämissen abwägen müssen wir beim Thema Verkehr. Der Haushalt 2016 sieht hier zumindest den Einsatz von Planungsmitteln vor, z.B. zum ampelfreien Rondell oder zur Zähringerstraße.

Die SPD begrüßt das ausschließlich, aber wir können nicht verhehlen, dass wir ob der Erwartungshaltung der letzten vier Jahre und der ständigen Vertröstungen auf den ein oder anderen Zeitpunkt (etwa nach den Hupfer-Workshops, nach der Wahl, nach der Klausurtagung), schon etwas enttäuscht sind, dass sich hier nicht mehr tut. Und wir glauben, dass geht vielen Schwetzinger so. Dass hier jetzt mal Mittel zur Planung angesetzt werden, ist, gelinde gesagt, mehr als nur verspätet.

Das Thema „Fahrradstadt“ steht ebenso ganz oben auf der Agenda, mit Einrichtung von Fahrradstraßen und eines durchgängigen Radwegenetzes. Da muss jetzt die Stadtverwaltung ran, damit wir 2017 „liefern“ können.

Glücklicherweise liefert Schwetzinger beim Thema Bildung im Vergleich zu anderen Städten gut:

Nicht nur die „Bildungs-Hardware“, sprich die Gebäude, wird seit Jahren kontinuierlich erneuert (Hebel-Gymnasium und Schimper-GMS werden in diesem Haushalt baulich

besonders berücksichtigt). Und in diesem Bereich stehen mit Neubauten/Sanierungen auch in der Zukunft Investitionen in Millionenhöhe an (die wir aber auch zur Neugestaltung der Schullandschaft, Stichwort GMS, unbedingt brauchen).

Auch in die „Bildungs-Software“, sprich die Bereitstellung von pädagogischen, überunterrichtlichen Angeboten investieren wir in diesem Jahr. - übrigens ein Umstand den die SPD Schwetzingen schon 2009 mit der Idee der kommunalen Bildung gefordert hat: so wird 2016 das Schwetzinger Unterstützungssystem Schule intensiv aufgestockt (ebenfalls eine originäre SPD-Idee) und wir stellen unseren Schülern und Lehrern theaterpädagogische Angebote zur Verfügung - keine Selbstverständlichkeit einer Stadtverwaltung.

Ebenfalls aktiv unterstützt die Stadt auch einen privatwirtschaftlichen Bildungsanbieter, der ca. die Hälfte des Hildaschulgebäudes belegt und dadurch letztlich mit dem vertraglichen Verzicht auf Mieteinnahmen und Nebenkostenzahlungen im Jahr 2016 mit einem großzügigem sechsstelligem Betrag subventioniert wird. Aber das wissen Sie ja alle bereits, denn darauf haben wir ja schon damals hingewiesen.

[optional: In diesem Zusammenhang stellen wir fest, dass sich die Stadt mit der Abstoßung des Gebäudes wichtiger Raum-Ressourcen selbst beraubt hat, denn: Raumbedarf besteht nicht erst seit gestern bei Teilen der Verwaltung, der Volkshochschule, des musealen Magazins oder des beengten Stadtarchivs, vom mauerwerkdurchnässten Karl-Wörn-Haus ganz zu schweigen. Mit dem Verkauf hat man sich nicht nur von einem zentralen Gebäude getrennt, sondern sich zusätzliche künftige Kosten in Millionenhöhe aufgebürdet um die benötigten Räume oder gar Gebäude, die ggf. erst noch gebaut werden müssen, bereitzustellen.]

Bleiben wir beim Thema Kinder, wechseln nur das Alter: Der Posten Kindergärten und Kinderbetreuung nimmt den größten Ausgabeblock im Haushalt ein, rechnet man alles zusammen knapp 10% der Gesamtausgaben. Und wir müssen hier festhalten, dass ohne die üppige Unterstützung der grün-roten Landesregierung dieser Ausgabenblock der Stadt um diverse Millionen höher wäre. Mit der „Frauen-hinter-den-Herd-Politik“ anderer Parteien, die diesen Gesellschaftswandel vor fünf Jahren noch auf Landesebene eindämmen wollten, käme man hier nicht weit und zum Glück kam das auch anders.

Und obwohl Schwetzingen z.B. in der Kleinkindbetreuung relativ gut aufgestellt ist, investieren wir auch in diesem Jahr wieder in den Krippenausbau und die ganztägige Kinderbetreuung und erfüllen nebenher eine Forderung des SPD-Kommunalprogramms, ebenso jenes seit 2009! Gut so!

Ebenfalls vorbildlich zeigt sich Schwetzingen in der Unterstützung seiner Vereine zumindest in der Mehrheit. Die Stadt hilft, wo sie kann. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass sich die Vereinswelt, aus meiner Warte insbesondere die Sportvereine, auf ihre Stadt verlassen können.

Darüber hinaus, z.B. neben einem beispiellosen Permanent-Vereinszuschuss in der Stadtgeschichte - 12.000 € jährlich für den unter 100 Mitglieder liegenden Blau-Museums-Verein -, gewährt die Stadt auch in diesem Jahr umfassende Zuschüsse, darunter z.B. die Übernahme von ganzen Mieten von kulturschaffenden Vereinen im Bassermannhaus. Schade nur, dass hier nicht alle dort ansässigen Vereine in diesen Genuss kommen und das erst bei der diesjährigen intensiven Durchsicht diese Ungleichbehandlungen - die wohl auf verschiedenartigen Vereinbarungen aus verschiedenen Jahren und Jahrzehnten stammen - zu Tage getreten sind. Hier muss unbedingt Transparenz her.

Betrachten wir einmal die „Software“ unseres Rathauses, das „Betriebssystem“ unserer Stadt“ , die Verwaltung: Schaut man sich die Personalstruktur der Stadt Schwetzingen an, wird deutlich: schlanke Verwaltung! (Früher wurde immer gesagt „schlank und effizient“).

Das man bei zu viel Schlankheit auch durchaus in eine ungesunde Bulimie verfallen kann, zeigen uns liegengebliebene Projekte, die wir zwar bereits im letzten Jahr beschlossen haben, die aber gar nicht oder nur begrenzt umgesetzt werden konnten und am Ende sogar nicht unerhebliche Mehrkosten verursachten: Nicht nur bei „Alla Hopp“ war das so, auch das Thema „Stadtbüchereivorplatz“ ist vielen Bürgern mittlerweile zur ungeliebten Manifestation der sogenannten schlanken Verwaltung geworden.

Ebenfalls auf dieses Konto gehen die hohen Haushaltsausgabenreste in diesem Jahr, von

denen knapp 1,5 Mio € liegengeliebene Projekte sind!

Bei einer zu schlanken Personaldecke verursachen schon einige Krankheitsfälle eine massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen: Sachen bleiben liegen, erhöhter Stress, mehr Arbeit werden Mitarbeitern aufgebürdet. Das ist letztlich überall so. Und daher mit die Verwaltungsspitze darauf achten, dass die Arbeitsbedingungen gut bleiben und das kann bei einer schlanken Verwaltung z.B. durch Ausgleichszahlungen bei Mehrarbeit anstatt der üblichen Stundenabfeuerung geschehen.

Letztlich glauben wir als SPD im übrigen auch daran, dass die oft von einigen Seiten als reine Teuerung beurteilte Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine Qualitätserhöhung darstellt.

[Abschließend muss man sagen, dass Schwetzungen im Vergleich gut dasteht. Allerdings wird eines immer deutlicher. Die Kumulation von Kapital an Privatbesitz, wie sie in den jährlichen Armuts- bzw. Reichtumsberichten dokumentiert wird, sprich 90% des Vermögens bei nur 3% der Bevölkerung, schlägt immer mehr durch: Zum einen werden die Nettolebenshaltungskosten der durchschnittlichen Privateinkommen - inklusive aller Gebühren - immer teurer, zum anderen werden die Aufgaben und Erwartungen an die Kommunen immer umfassender, allerdings bei stagnierenden oder künftig gar rückläufigen Einnahmen. Auch Schwetzungen muss sich langfristig bei seinen Investitionen über Kredite und die Finanzierung über Schulden Gedanken machen, nicht weil hier Luftschlösser in die Tat umgesetzt werden sollen, sondern weil die Umsetzungen der Anforderungen durch das aktuelle Verteilungssystem nichts anderes zulassen.]

Die SPD stimmt dem Haushalt 2016 zu.